

Volkswort

für Schlessen - Organ für die westfäl.

Morgen Propagandamarsch der Eisernen Front

Die „Volkswort“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expediton Furtstraße 4/6, Matthesstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus im wöchentlich 0.32 Reichsmark + 6 Pfennig Erdgerlohn = 0.45 Reichsmark, monatlich 1.55 Reichsmark + 38 Pfennig Erdgerlohn = 1.90 Reichsmark. Durch die Post einschließlicb Zustellungsgebühren 2.20 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen müssen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernsprechnummer: Breslau 2852.

Abwärts 17 Pf. Anzeigen unter Veranlassung von Versammlungen und Wohnungszwecken 21 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer der Zeitung Furtstraße 4/6 oder in der Zweigstelle Nr. 217 37 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Vertreter, Angestellte und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummern 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgeschickt.

Käufertis beiliegend

Einzelnummern 10 Pf.

44. Jahrgang

Mittwoch, den 18. Januar 1933

Nr. 15

Neuwahlen?

Wahltermin: 19. Februar — Neues Geld in der Kasse der NSDAP. Daher wieder ihre Oppositionslust Sozialdemokratie verlangt unbedingt Entscheidung

Am Freitag tritt der Parteirat des Reichstages zusammen, um über die Tagesordnung der für den 24. Januar anberaumten Plenarsitzung des Reichstages zu beraten. Die Sozialdemokratische Fraktion wird darauf drängen, daß der Reichstag schnellstens zusammentritt und dann alsbald eine klare und eindeutige politische Entscheidung gefaßt wird.

Die Sozialdemokratie steht dem Kabinett Schleicher mit Mißtrauen gegenüber, sie hat im Reichstag einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung eingebracht. Sie will über die parlamentarische Lage schnellstens Klarheit schaffen. Man spricht deshalb heute bereits von der Unvermeidlichkeit neuer Reichstagswahlen. Man nennt als neuen Wahltermin bereits den 19. Februar. Die Sozialdemokratische Partei ist gewiß, daß diese kommende Entscheidung des Volkes gegen alle die ausfallen wird, die jetzt glauben, daß Großmäuligkeit und große Versprechungen bereits politische Laten seien.

Die Taktik der Sozialdemokratie zwingt auch die Nationalsozialisten zu einer klaren Stellungnahme. Nach der Wahl von Lippe nimmt die nationalsozialistische Presse auf Befehl wieder den Mund gehörig voll. Sie gebärdet sich, als ob die Wiederherstellung von noch nicht zwei Drittel der Verluste, die sie am 6. November erlitten hat, ihr das Anrecht auf die Diktatur in Deutschland gebe. Diese behoflene Großmäuligkeit geht Hand in Hand mit dem altgewohnten Byzantinismus gegenüber Hitler, der als Schiedsrichter gegenüber den Geschicken Deutschlands hingestellt wird.

Aber sowohl die Großmäuligkeit als auch der Byzantinismus werden heute nicht mehr den Eindruck machen, den sich die nationalsozialistischen Propagandisten davon versprechen. Der große Mann steht in dem Hausen der Zeitgenossen so da, daß trotz des lauten Geschreis seiner Presse es immer noch politisch denkende Leute gibt, die ihm den kläglichsten Umfall zutrauen, und die es immer noch nicht für hundertprozentig ausgemacht halten, daß nunmehr Hitler sich klar gegen jede Tolerierung Schleichers entschieden werde. Während die Unentwegten in seiner Partei, Goebbels und Goering, fieberhaft daran arbeiten, einen Umfall zu verhindern, wird in manchen Kreisen immer noch daran geglaubt, daß in der Stunde der Entscheidung ein übler Dreh eine klare Entscheidung der Nationalsozialisten ergeben würde! Der große Mann ist eben der Geschobene der Drahtzieher in seiner Partei. Möglich, daß er selbst an seine Unmacht glaubt. Aber bei ihm trifft hundertprozentig zu: Du glaubst zu schiefen und du wirst geschoben! wobei immer noch aufzuklären bliebe, wer die eigentlichen Schieber sind, die wieder hinter den Drahtziehern in Hitlers Umgebung stehen.

Sicher ist, daß neue Gelder in die nationalsozialistische Kasse geflossen sind.

Dieses Geld und die 5800 Stimmen über den 6. November hinaus in Lippe sind die Grundlage der neuen Großmannsucht der Nationalsozialistischen Partei. Von solchen Dingen hängt plötzlich die Politik der Nazis ab — nicht von festen politischen Grundrissen. Wenn die Nationalsozialisten von Grundrissen reden, so sind es die Grundriss, die dem jeweiligen Stand ihrer Kasse und den Wünschen der Gläubiger und Geldgeber entsprechen.

Der große Mann in der Nationalsozialistischen Partei ist nach dem Weggange Strahers so sehr in den Händen von Goebbels und Goering, daß seine letzte Rede in Weimar schon vorher in Gestalt eines Leitartikels von Goebbels im Berliner „Angriff“ nachgelesen werden konnte. Das Ziel dieser beiden ist die Fortsetzung der bisherigen rein agitatorischen Haltung der NSDAP, selbst um den Preis eines neuen Wahlkampfes. Beide wissen warum: Goebbels ist in der Nationalsozialistischen Partei nur ein großer Mann, solange es gilt, gegen ein „System“ aufs gewissenloseste zu hetzen. Wo Vernunft und kluge Ueberlegung die Politik bestimmen, muß sein Stern erblasse. Goering hat als Reichspräsident bereits hinreichende Proben davon gegeben, was aus ihm wird, wenn er über den Rahmen des Veranlassungsbereichs in SA-Uniform hinausgehen soll. Und müssen die beiden nicht mehr noch als für sich selbst für Hitler fürchten für den Fall, daß es gilt, ernstliche Verantwortung zu übernehmen, ohne die Opposition durch fröhlich-fröhlichen Terror einschlagen zu können und jeden ekkantanten, aus ihrer Unfähigkeit geborenen Mißerfolg aus einem kleinen Kuchel erlösen zu können. So soll Hitler von den beiden vorne geschoben und hinten geschoben in einen neuen Wahlkampf hineingetrieben werden — auf jeden Fall aber aus jeder ernsthaften Verantwortungsfrage hinweg. Man bemüht sich, die Großmäuligkeit so auf die Spitze zu treiben, daß Hitler selbst nicht mehr zurück kann. Unter diesen Umständen haben die Besprechungen, die Reichstagsler Schleicher nach weiter führt, eigentlich nur noch akademische Bedeutung.

Das autoritäre System steht auf und bloß vor dem Volke. Seine wilde Form unter Nazis wie seine gewaltigere unter Schleicher, bei dem Volke nichts anhaben als ihre Versprechungen und geschworene Partei.

Wo das autoritäre System wirklich gehandelt hat, ist es dem Druck des reaktionärsten Interessentenhaufens in Deutschland, der Großgrazier, gefolgt und hat damit dem Volke gezeigt, daß die Rechte des Feudalismus in Deutschland endgültig ausgetilgt werden müssen.

Es sind so viele reine Protestwahlen bisher hintereinander abgerollt, daß die Hoffnung durchaus begründet ist, daß bei einer neuen Wahl die politische Vernunft die Ueberlegung darüber, was wirklich geschehen kann und muß, das Wahlergebnis stärker beeinflussen wird als das bei den vorausgegangenen Wahlen der Fall war. Die Rückkehr der politischen Vernunft aber bedeutet den Wiederaufstieg der Sozialdemokratischen Partei.

Das Erwachen der kühlen politischen Ueberlegung entzieht aller politischen Demagogie, vor allem der nationalsozialistischen

Demagogie, die Grundlage. Diese Scharlatane sind in den letzten Monaten mindestens ebenso stark in ihrer Richtigkeit aufgezeigt worden wie des autoritäre System! Und wenn es zu neuem Wahlkampf kommt, so wird die Sozialdemokratische Partei dafür Sorge tragen, daß die Großmäuligkeit der Nationalsozialisten nach den Wahlen von Lippe nach den Reichstagswahlen einer ebenso ausgeprägten Kleinmüchtigkeit Platz machen muß!

Um die Futterkrippenpolitik der Preußenkommissare

Untersuchungsausschuß konstituiert sich
Der auf Antrag der Sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtags eingeleitete Untersuchungsausschuß zur Nachprüfung der Personal- und Beamtenpolitik der Staatskommissare hat sich am Dienstag konstituiert. Den Vorsitz führt der Abgeordnete Schment (SPD). Zum Berichterstatter wurde der Abg. Süber (SPD) gewählt. Korreferent ist der Abg. Rosenhagen (Nazi).

Es stinkt bei Goebbels

Pflichtige Kassenrevision — und wichtige Verurlaubungen
Im Gau Berlin der NSDAP sind der Gau Gauweiser Zellmer und Goebbels Stellvertreter Dr. Meinhofen plötzlich beurlaubt worden. Die Beurlaubung soll im Zusammenhang mit einer pflichtigen Kassenrevision stehen.

Pflichtverletzung der Nazi-Polizei

SS-Leute überfallen einen Stahlhelm-Gemeindevorsteher Braunschweigs Polizei lehnt Hilfe ab

Zwischen dem Stahlhelm und den braunschweigischen Nazis herrscht wieder einmal wilde Fehde. Der dem Stahlhelm angehörende Gemeindevorsteher Friedrich Sonnenberg wurde, wie der Stahlhelm mitteilt, auf seinem Gehört von uniformierten SS-Leuten überfallen und niedergeschlagen, weil er sich gegen die Annahme von Polizeigewalt durch die SS gewandt hatte. Der Ueberfallene wurde schwer verletzt. Bergelblich wandte sich die Frau Friedrichs telefonisch an das Ueberfallkommando in Braunschweig. Auf nochmaliges telefonisches Ersuchen wurde die Frau an die Landjäger verwiesen. Der Nazikommandeur der braunschweigischen Schutzpolizei suchte sich damit zu entschuldigen,

man habe nicht feststellen können, ob es sich um die preussische oder braunschweigische Gemeinde Sonnenburg gehandelt habe. Der Stahlhelm, der Regierungspartner der Nazis, erhebt gegen die unglaubliche Pflichtverletzung der Nazi-Polizei schärfsten Protest.

Niederlage der Nazistudenten in Braunschweig

An der Technischen Hochschule in Braunschweig erlitten die Nazistudenten bei der Wahl gegenüber der letzten Wahl eine Einbuße von 86 Stimmen. Sie fielen von 336 auf 250 Stimmen, nachdem sie früher schon einmal rund 400 Stimmen gehabt hatten. Sie verloren von 3 Mandaten 2.

Reichstag gegen Arbeitsdienstplicht

Sozialpolitischer Ausschuß lehnt sie mit großer Mehrheit ab

Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages hat am Dienstag einen Antrag der Nationalsozialisten, den Freiwilligen Arbeitsdienst zur Dienstplicht auszubauen, abgelehnt. Angenommen wurde ein Zentrumsantrag, wonach der Arbeitsdienst seinen freiwilligen Charakter behalten und jeder Jungs unterbleiben soll; bei der Durchführung der Lager müsse die Selbstverwaltung und Selbsthaltung des Arbeitsdienstes durch die Träger des Dienstes unter härtester Berücksichtigung des Gutes der Jugendverbände gesichert werden.

Außer den Deutschnationalen und den Nationalsozialisten sprachen sich alle großen Parteien gegen die Arbeitsdienstplicht aus. Auch der Arbeitsminister Dr. Gropus anerkannte die Unmöglichkeit der Arbeitsdienstplicht.

Abg. Graumann (So.) verlangte, daß für den NSD. das 25. Lebensjahr die obere Grenze bleibe, daß auf Sport- und Belehrung anderer Wert gelegt, daß Arbeitslosigkeit, Tagelohn, Kranken- und Unfallversicherung gewährt werde.

Beschlüsse des Reichskabinetts

Das Reichskabinett hat am Dienstag nachmittag die weiteren Bürgschaften für Hausreparaturen, Wohnungsteilungen usw. bewilligt. Der Gesamtbeitrag für dieses Gebiet beläuft sich jetzt auf 100 Millionen Mark. U. a. dürfen künftig auch Zuschüsse für die Teilung von Neubauwohnungen sowie für die Umwandlung von Geschäftsräumen in Wohnräume bewilligt werden.

Im übrigen leitete sich das Kabinett vor allem nach mit der Siedlungspolitik und den deutsch-sowjetischen Handelsvertragsverhandlungen. Die Siedlungspolitik soll dem System des Vollzeitschulung angepaßt werden.

Suspension der Lage in China

Sonder, 18. Januar. (Eigener Bericht.)
Die Lage an der manchjurischen Grenze zeigt sich wieder zu. Wie aus Chosin gemeldet wird, haben 50 000 Mann chinesische Truppen auf Lungtiao (nordwestlich von Harbin) vor. Sie beschützigen. Russen sind abgezogen. Japanische Flugzeuge haben Kailu (Südwestlich von Harbin) bombardiert. Die Stadt wurde schwer beschädigt. Die Zahl der Toten ist bis jetzt noch nicht bekannt. Außerdem haben die Japaner Kanoniere und Maschinengewehre in einem kleinen Ort bei Kailu eingesetzt.

In Tokio hat die Regierung von einem Schriftverkehr mit den amerikanischen Behörden berichtet, nach dem die Japaner den amerikanischen Truppen in Japan abgekauft haben. Japaner nicht anerkannt werden. Japaner nicht anerkannt werden. Japaner nicht anerkannt werden. Japaner nicht anerkannt werden.

Nazi-Überfall in Böhmen

Nachricht im nächsten Teil

Breslauer Nachrichten

Die Heilstätte Herrnpfisch

Ein soziales Problem der Stadt Breslau

Unter diesem Thema fand am 16. Januar 1933 in Bräuers... Unter diesem Thema fand am 16. Januar 1933 in Bräuers...

Es ist unmöglich das alles aufzuzählen, was sonst in der... Es ist unmöglich das alles aufzuzählen, was sonst in der...

Bahnbrechend ist die Anstaltsleitung bemüht, die bisher... Bahnbrechend ist die Anstaltsleitung bemüht, die bisher...

Zum Schluß sehen wir die Friedhofskapelle mit dem An... Zum Schluß sehen wir die Friedhofskapelle mit dem An...

Am uns von der Wirklichkeit des Lichtbildvortrages über... Am uns von der Wirklichkeit des Lichtbildvortrages über...

Wenn man

einen Onkel in Amerika hat

So kann man zwar nicht immer eine Erbschaft, wohl aber doch... So kann man zwar nicht immer eine Erbschaft, wohl aber doch...

Es braucht auch nicht unbedingt ein Onkel, es kann auch... Es braucht auch nicht unbedingt ein Onkel, es kann auch...

So kommt es, daß uns Genossen, die gelegentlich aus... So kommt es, daß uns Genossen, die gelegentlich aus...

Die Zollbeamten kennen sich, was ihnen wahrlich nicht... Die Zollbeamten kennen sich, was ihnen wahrlich nicht...

Die Zollbeamten kennen sich, was ihnen wahrlich nicht... Die Zollbeamten kennen sich, was ihnen wahrlich nicht...

Kleine Geographie Breslaus

Wissensnotwendiges über unsere Stadt

Sie hat natürlich — denkt an die Erdstunde unseiner... Sie hat natürlich — denkt an die Erdstunde unseiner...

Lage von Schlesiens Hauptstadt

zu beinamen. Also, auf welchem Breitengrad liegt Breslau?... zu beinamen. Also, auf welchem Breitengrad liegt Breslau?

Wie groß ist Breslau?

Mit dieser Frage kann man von 1000 Breslauern 999 rein... Mit dieser Frage kann man von 1000 Breslauern 999 rein...

Ausdehnung der Stadt.

Wer mal am eigenen Leibe spüren will, wie groß Breslau ist... Wer mal am eigenen Leibe spüren will, wie groß Breslau ist...

um die annähernd 100 Kilometer in ganz anständigen Tages... um die annähernd 100 Kilometer in ganz anständigen Tages...

wieviel Meter über dem Meerespiegel

ihre Vaterstadt liegt, denn die Höhenmarken, die an den... ihre Vaterstadt liegt, denn die Höhenmarken, die an den...

Daß vier der Flüsse, die man aus früher Schulzeit so schön... Daß vier der Flüsse, die man aus früher Schulzeit so schön...

wie sich Breslau das Hochwasser der Oder vom Halse hält... wie sich Breslau das Hochwasser der Oder vom Halse hält...

Man wird aus diesen Angaben erkennen, daß man in der... Man wird aus diesen Angaben erkennen, daß man in der...

wenn sich am Bahnhof Weit fast täglich die erschütternden... wenn sich am Bahnhof Weit fast täglich die erschütternden...

Ditler den Rücken gelehrt

Die Folge ist: Ueberfall durch braune Bestien

In der Nacht zum Sonntag wurde in einem Hause in d... In der Nacht zum Sonntag wurde in einem Hause in d...

Die Ursache zu dem Ueberfall? Den jungen Mann, der... Die Ursache zu dem Ueberfall? Den jungen Mann, der...

Haß der Nordgestalten, die am Sonntag früh die günstige... Haß der Nordgestalten, die am Sonntag früh die günstige...

Da der Ueberfallene nach der Flucht der Helden bald zur... Da der Ueberfallene nach der Flucht der Helden bald zur...

Schüsse in einer Gastwirtschaft

In einem Lokal in der Sternstraße erschienen gestern... In einem Lokal in der Sternstraße erschienen gestern...

Landwirt als Sechspfeiler

In einem Lokal in der Nähe des Hauptbahnhofs bestellte... In einem Lokal in der Nähe des Hauptbahnhofs bestellte...

Feuer in der Badestube

Gestern kurz nach 14 Uhr wurde die Feuerwehr nach Ohlauer... Gestern kurz nach 14 Uhr wurde die Feuerwehr nach Ohlauer...

Die Zeppelin-Serie

von 264 gestochen scharfen Bromsilber-Fotos in Groß-Format... von 264 gestochen scharfen Bromsilber-Fotos in Groß-Format...

Deutschlands weitaus beste 3 1/3 Pfg-Zigarette

Tauschzentrale: Club-Bilderdienst, Breslau, Reußenohle, Ecke Nikolaistraße.

Das ist möglich wenn man organisiert ist

Entlassungsklagen der Reichsbahnarbeiter werden durch Vergleich erledigt

Für die im Herbst 1932 im Reichsbahndirektionsbezirk Breslau entlassenen circa 1600 Bahnunterhaltungsarbeiter war von den 700 Fällen, zum Teil von den Betriebsräten, zum Teil von den Entlassenen selbst Klage beim Arbeitsgericht erhoben. Nachdem nunmehr in zwei vom Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands vertretenen Klagen das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht entschieden hat (über beide Prozesse war ausführlich von uns berichtet worden), stand der weiteren Behandlung der restlichen Klagen nichts mehr im Wege. Im Laufe der Zeit waren gegen 200 Klagen zum Teil wegen Wiederankündigung, zum Teil wegen Invaldisierung zurückgezogen worden, so daß rund 500 Einprüfklagen verblieben. Von diesen werden vom Einheitsverband 360, von der G.d.E. (Christen) 38 und vom F.E.B. (Hirsch-Dunder) 7 vertreten.

Auf Anregung des Vorsitzenden der Reichsbahnfachkammer, Amtsgerichtsrat Schilgen, fand zwischen der Reichsbahn und den Gewerkschaftsvertretern unter Mitwirkung des Amtsgerichtsrats Schilgen und Ostowicz am 4., 8. und 17. Januar 1933 Vergleichsverhandlungen statt, mit dem Ergebnis, daß durch einen zustandekommenen Vergleich der größte Teil der Klagen als erledigt zu betrachten ist. Ausgenommen vom Vergleich bleiben

- a) die Klagen von den Arbeitern der Gleisbautrupps (etwa 32 Arbeiter);
- b) 22 Klagen, darunter 20 vom Einheitsverband und zwei von der G.d.E. vertreten, über die streitig verhandelt werden soll;
- c) diejenigen Betriebsratsmitglieder, bei denen Erlaßzustimmung zur Kündigung beantragt ist;
- d) diejenigen Bahnunterhaltungsarbeiter, bei denen zur Zeit ein Invaldisierungsverfahren läuft für den Fall, daß dieses Verfahren mit der Invaldisierung endet. Wird der Invaldisierungsantrag abgelehnt, so erhalten die Betroffenen nachträglich die Vergleichssumme.

Nach dem Vergleich zahlt die Besagte an sämtliche vom Vergleich betroffenen Arbeiter eine Entschädigung gemäß § 83 B.G.B. von je 150 Mark. Die Besagte zahlt ferner pro Kopf weitere 25 Mark. Aus diesen je 25 Mark wird ein Härtefonds gebildet, der nach feststimmten, vom Einheitsverband vorgeschlagenen Grundätzen verteilt werden soll.

Von diesem Vergleich werden 314 vom Einheitsverband vertretene Klagen betroffen, für die insgesamt eine Entschädigungssumme von 34.950 Mark gezahlt wird.

Mit den 175 Mark, die jeder Kläger im Durchschnitt erhält, ist selbstverständlich keinesfalls die Härte ausgeglichen, die in der Entlassung lag. Trotz alledem bleibt festzustellen, daß es einzig und allein der Arbeit des Einheitsverbandes zu verdanken ist, wenn die Reichsbahn sich jetzt im Vergleichsweg zur Zahlung dieser Summen verpflichtet. Wären beispielsweise die Musterprozesse zugunsten der Reichsbahn entschieden worden, dann hätte keiner der Kläger auch nur einen Pfennig erhalten. Der letzte Vergleich kann so gewertet werden, als wenn jede zweite Klage bei streitiger Verhandlung vor dem Arbeitsgericht vom Kläger gewonnen worden wäre. Eine Härte bleibt bestehen für die Bautrupparbeiter, die vom Vergleich ausgeschlossen blieben, doch ist auch in dieser Sache das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Selbstverständlich sind in diesem Vergleich nur die von den Gewerkschaften vertretenen Klagen aufgenommen. Beim Arbeitsgericht Breslau stehen noch gegen 100 Klagen von unorganisierten Arbeitern an, die nur nach Einzelverhandlung ihre Entschädigung finden können. Wenn es diesen Arbeitern nunmehr gelingt, auf ähnlicher Grundlage mit der Reichsbahn einen Vergleich zu schließen, so haben sie dies ausschließlich ihren organisierten Kollegen zu verdanken. — Die Reichsbahnentlassungen und ihre Folgen sollten jedem Eisenbahner beweisen, daß es ohne freigewerkschaftliche Organisation auch im Reichsbahnbetrieb nicht geht und daß sein Beitrag für den Einheitsverband für ihn und seine Familie die beste Kapitalanlage ist.

Die Tarifvertragsbewegung bei den Dachdeckern

ist nunmehr endgültig abgeschlossen. Bereits am 1. Juli 1932 trat der Reichstarifvertrag in Kraft. Der Schiedspruch war mit rund 67 Prozent der im Bauwerksbund organisierten Dachdecker angenommen worden und erhielt, nachdem auch die christlichen Bauarbeiter sowie die Unternehmer zugestimmt hatten, Rechtsgültigkeit. Der Vertrag war zunächst bis zum 15. März 1933 abgeschlossen. Nach wiederholten Verhandlungen gelang es, seine Geltungsbauer bis zum 15. März 1934 zu verlängern.

Mit Wirkung vom 15. Oktober wurde der Reichstarifvertrag vom Reichsarbeitsminister für allgemeinverbindlich erklärt. Die zwischen der Rechts- und der Allgemeinverbindlichkeit verstrichene lange Frist hat ihren Grund in den zahlreichen Einsprüchen, die gegen eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung erhoben wurden. Vor allem waren die Papptachdecker dagegen und in einigen größeren Bezirken auch die Dachdeckermeister, die nicht dem vertragsschließenden Reichsverband des Dachdeckerhandwerks angehören. Sogar einige Staatsregierungen schlossen sich den unsozialen, arbeitsrechtfeindlichen Einsprüchen an — allen voran die thüringische Nationalregierung. Sie konnte seine dringendere Aufgabe als die Unterstützung der Rückständigkeit der thüringischen nicht organisierten Dachdeckerunternehmer, und sie erreichte auch, daß Thüringen zunächst von der Allgemeinverbindlichkeit ausgeschlossen wurde. Erst Ende Dezember wurde vom Reichsarbeitsminister die Allgemeinverbindlichkeit des Reichstarifvertrags mit Wirkung vom 1. Januar 1933 an auch auf den Freistaat Thüringen ausgedehnt.

Damit gilt nun der Reichstarifvertrag in Dachdeckerhandwerk für ganz Deutschland. Alle Unternehmer, auch die unorganisierten, sind den Bestimmungen des Vertrages unterworfen. Ein schwerer Tarifkampf hat dank einer guten Organisation einen günstigen Abschluß gefunden.

Nachwirkungen des Berliner Verlehrsstreifverbrechens

Kommunistische Betriebsräte legen ihre Mandate nieder und lassen der SPD den Rücken Die Empörung über das Berliner Verlehrsstreifverbrechen der kommunistisch-nationalsozialistischen Einheitsfront durchdringt heute noch die Berliner Arbeiterbewegung. So mancher Arbeiter, der bisher in der kommunistischen Partei stand und wirkte, wurde durch dieses Verbrechen nachdenklich gestimmt und eines Besseren belehrt. So sind dieser Tage die Betriebsräte der Berliner Gaswerke, Hermann Göttsch und Paul Weisbart, die als Mitglieder der kommunistischen Partei Bezirksverordnete in den

Bezirken Friedrichshain und Lichtenberg waren, aus der kommunistischen Partei ausgetreten; sie haben ihre Mandate niedergelegt.

Die Berliner Gaswerke sollten seinerzeit während des Verlehrsstreiks streikfrei gemacht werden. Die Betriebsräte der Gaswerke hatten also Gelegenheit, ganz unmittelbar den verbrecherischen Charakter der kommunistischen Gewerkschaftspolitik kennen zu lernen.

Die Wahrheit über den BVB-Streit marschiert in der Berliner Gewerkschaftsbewegung. Sie marschiert trotz aller

Handelskrieg mit Argentinien

Nur ein Glied einer unheilvollen Kette

Mit Argentinien, dem reichsten südamerikanischen Staat, befindet sich Deutschland seit Tagen im verschärften Handelskrieg. Ueber die argentinische Wareneinfuhr ist der sogenannte Overtarif, der tatsächlich ein prohibitiver Kampfzolltarif ist, verhängt worden. Nennenswerte Einfuhren von Handelswaren aus Argentinien werden damit unmöglich gemacht.

Die deutsch-argentinischen Handelsbeziehungen waren bisher auf Grund eines der ältesten Handelsverträge, der unlängst auf sein 75jähriges Jubiläum zurückblicken konnte, auf das freundschaftlichste geregelt. Der argentinische Markt war bereits in der Nachkriegszeit das wichtigste Abnahmefeld der deutschen Industrie in Südamerika und ist es auch wieder in der Nachkriegszeit, nach dem Wiederaufbau der deutschen Exportbeziehungen, geworden. Im Jahre 1929 erreichte die deutsche Ausfuhr nach Argentinien rund 370 Millionen Mark. Dieses große und reiche überseeische Agrargebiet war vor Krisenausbruch fast ein eben so starker Abnehmer wie die von der deutschen Lügen- und Handelspolitik so heiß umworbenen süd-europäischen Agrarländer. Mit der unentwegten agrarischen Abriegelungspolitik haben sich die deutschen Wirtschaftsbeziehungen zu Argentinien aber zusehens getrübt. Es begann mit der rigorosen Abschaffung der Gefrierfleischkontingente, die Argentinien den Absatz von Gefrierfleisch nach Deutschland vollkommen verbot; es folgten die Zollaufstockungen für Getreide, insbesondere für Weizen und Mais. Die einseitige Bevorzugung des rumänischen Mais durch das deutsche Maismonopol schuf bei den argentinischen Farmern und Regierungsstellen eine immer stärker zunehmende Abwehrstimmung gegen Deutschland.

Zwar ist die Handelsbilanz zwischen Deutschland und Argentinien seit jeher zugunsten Argentiniens aktiv gewesen; sie ist es auch heute noch. Schließlich ist Argentinien eines der größten agrarischen Rohstoffausfuhrgebiete. Nach der Zernichtung der Getreide- und Fleischfuhr hat Argentinien heute wohl nur noch zwei größere Ausfuhrmöglichkeiten nach Deutschland, die Belieferung mit Getreide und Lössen sowie die mit Häuten und Fellen. Natürlich hat auch Deutschland in Argentinien mit seiner großkapitalistisch betriebenen Landwirtschaft, die von der Agrarkrise besonders stark betroffen wurde, schwere Exporteinbußen erlitten. Die deutsche Ausfuhr nach Argentinien hat sich von 1929 bis 1931 von 371 auf 174 Millionen

Marken, Verbrennungen und Verleumdungen der Nazi-Koalitions-Sammelbüchsen-Einheitsfront. In den Betrieben der BVB sind, wie die Berliner Ortsverwaltung des Gesamtverbandes mitteilt, im Monat Dezember 850 Neuaufnahmen in den Verband gemacht worden.

361. Verbandstag 1933

Der Zentralverband der Angestellten gibt bekannt, daß der 5. Verbandstag für die Zeit vom 18. bis 20. Juni 1933 nach Jena einberufen ist.

Die Düsseldorf-Schwabenbräu A.G. gibt ihren Gewinn für das verfllossene Jahr mit 420.000 Mk. an gegenüber 650.000 Mark im Vorjahr. Vereicht wird eine Dividende von 8 Prozent (im Vorjahre 8 Prozent).

Für die Farbglasindustrie ist vor dem Schiedsgericht in Dresden unter dem Vorsitz von Regierungsrat Dr. Heilmann ein hündender Schiedspruch gefällt worden. Die Akkordlöhne werden um 3 Proz. gekürzt. Der neue Lohnvertrag kann erstmalig zum 31. Dezember 1933 gekündigt werden. Der Arbeitgeberverband hat eine Kürzung der Akkordlöhne um 15 Proz. gefordert.

Konsumgenossenschaftswahlen in Berlin

Kommunistische Gemeinheit erhält ihre Dittung

Schwere Niederlage der Moskowiter

Die Konsumgenossenschaftswahlen, die am Sonntag in Berlin stattfanden, haben den Kommunisten eine vernichtende Niederlage gebracht. Abgegeben wurden insgesamt 47.168 Stimmen. Davon entfielen auf die Liste der kommunistischen Opposition 13.104 Stimmen und auf die Liste Genossenschaftsaufbau, die von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt wurde, 33.806 Stimmen. Die Liste Genossen-

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau

Abteilung Delegierte! Die für Donnerstag, den 19. Januar angelegte Delegierten-Versammlung fällt aus, da an diesem Tage die Eisene Front aufmarschiert.

Es ist unbedingte Pflicht eines jeden Kollegen, sich an dem Propagandamarsch zu beteiligen. Die Ortsverwaltung.

Solzarbeiter

Stellmacher aus Industrie- und Innungsbetrieben Freitag, den 20. Januar, abends 7.30 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses. Wichtige Branchenversammlung.

Bauarbeiter! Montag, den 23. Januar, abends um 7.30 Uhr, im Zimmer 9 des Gewerkschaftshauses. Wichtige Branchenversammlung.

Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. Mitgliedsbuch mitbringen.

Maschinen- und Konstruktionsarbeiter

Donnerstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 7/8 des Gewerkschaftshauses. Wichtige Branchenversammlung.

Ferner und Berufslosen

Donnerstag, den 19. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses. Wichtige Branchenversammlung. Erscheinen aller auf dem Haben der Eisernen Front stehenden Verhandlungscollegen ist Pflicht. Mitgliedsbuch mitbringen.

schafsaufbau erhält danach 718 Vertreter gleich 79,42 Prozent und die kommunistische Liste 168 Vertreter gleich 20,58 Prozent.

Die Kommunisten haben ganz bestimmt damit gerechnet, die Berliner Konsumgenossenschaft am Sonntag erobern zu können. Sie haben gegen diese Einziehung der Berliner Arbeiterkraft, die selbstverständlich unter dem Kaufkraftschwund und der breiten Masse leiden mußte und mit Krisenschwierigkeiten zu kämpfen hat, einen heimgewaltigen und unerhörten gemetzten Kampf geführt. Jedes Mittel war ihnen recht, um der Konsumgenossenschaft etwas anzuhängen. Man muß leider feststellen, daß die Kommunisten während dieses Wahlkampfes in der Auswahl ihrer Rassen und in ihren Angriffen kaum wählerischer waren, als die mittelständlerischen Gegner der Konsumvereine. Dieser selbstmörderische Kampf wurde auch in einem Augenblick geführt, wo es der Leitung der Berliner Konsumgenossenschaft gelungen ist, die Hauptschwierigkeiten zu meistern und die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens — seit Oktober arbeitet die Berliner Konsumgenossenschaft trotz erheblicher Finanzbelastung wieder mit Überbüssen — wieder herzustellen. Die kommunistischen Angriffe waren darauf angelegt, das Vertrauen der Konsumgenossenschaftsmitglieder auszureißen. Das ist ihnen nicht gelungen. Die konsumgenossenschaftliche Praxis der Kommunisten in Halle, in Götze und in anderen Orten, wo die Kommunisten gesunde Konsumgenossenschaften in kurzer Zeit zugrunde richteten, hat die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher hellhörig gemacht. Eine Veröffentlichung der Berliner Konsumgenossenschaft stellt fest, daß selbst zahlreiche Genossenschaftler, die bei politischen Wahlen einer kommunistischen Zettel abgegeben, sich am Sonntag mit Unterstützung von ihrer Familien abgemeldet und für die Liste Genossenschaftsaufbau gestimmt haben.

Die Berliner Konsumgenossenschaft kann auf den Wahlausfall stolz sein. Aber noch mehr: Die Wahl kann nur dann als ein Sieg in allen Kreisen angesehen werden, wenn die Berliner Konsumgenossenschaft die Parteikritik überwinden hat. Es ist den Feinden der organisierten Verbraucher trotz der Hilfeleistung der Kommunisten nicht gelungen, das Unternehmen zu Fall zu bringen. Jetzt gibt es nur eine Vorwärts- und nachwärts! Der Weg zu einer gesunden Entwicklung der Konsumgenossenschaft in Berlin ist frei.

Todesurteil für Manteldiebstahl!

Unmenschliche Sowjet-Gesetze

Das „Gesetz für wirtschaftliche Sabotage“ in Moskau hat zwei Arbeiter, die zwei Pelzmäntel gestohlen haben, mit dem Tode bestraft. Das Urteil ist vollstreckt worden.

In Leningrad gibt es eine Textilfabrik, die hauptsächlich pelzgefütterte Mäntel für G.P.U.-Beamte in Sibirien und für sowjetische Arktis-Expeditionen herstellt. Die frierenden Arbeiter von Leningrad gehen nur in seltenen Fällen die schönen Erzeugnisse dieses Textilwerkes. Die Arbeiter Odrinski und Kogosin hatten schon seit zwei Jahren von ihrer Kooperative warme Winterjacken angefordert, aber nicht bekommen. Im strengen Leningrader Frost mußten sie im Sommermantel zur Arbeit gehen. Eines Tages hörte Odrinski von einem Vorarbeiter, wohin die schönen warmen Mäntel nach ihrer Fertigstellung geschickt werden: in das Ausrüstungslager der Arktis-Expeditionen an der russisch-finnischen Grenze. Und da kam dem frierenden Odrinski eine Idee. Am nächsten Tag erschien er und Kogosin nicht mehr zur Arbeit. Beide waren ins Ausrüstungslager gefahren. Hierzeitigen sie folgenden gefälschten Brief vor: „Das Moskauer Arktisinstitut bittet, den beiden Forschern Odrinski und Kogosin, die mit unserer Expedition nach dem Norden fahren genügend warme Sachen auszuliefern.“ Unterzeichnet war das Schreiben mit der gefälschten Unterschrift des bekannten Arktisforschers Professor Samilowitsch.

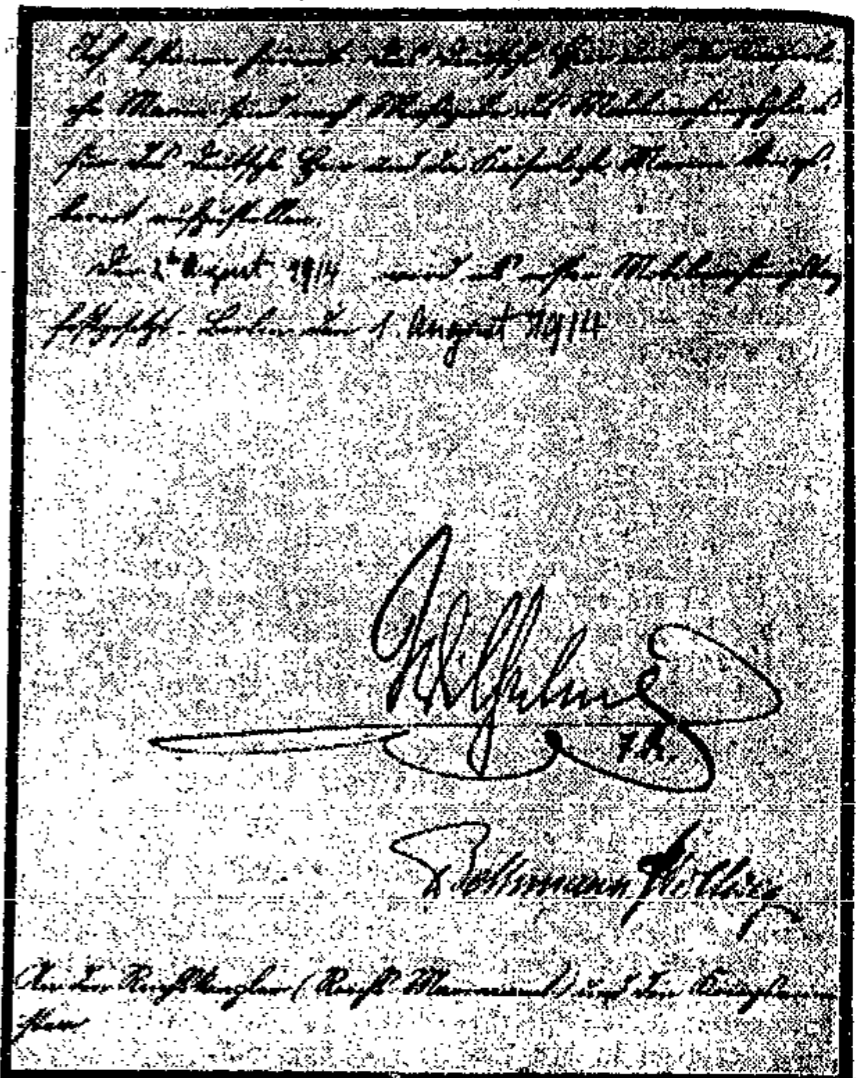
Odrinski und Kogosin bekamen ihre warmen Sachen. Sie waren glücklich, als sie die schönen Pelzmäntel anzogen und als sie noch ein Paar herrliche Stiefel in Empfang nehmen durften. Sie erzählten dem Lagerverwalter begeistert, daß er das Fell eines weißen Bären, den sie erjagen würden, zum Geschenk er-

hielte. Als Kogosin dann auch warme Frauenjacken für seine Gefährtin anforderte, schöpften man Verdacht. Dem Beamten kam das Verlangen nach Frauenjacken merkwürdig vor. Er bat um weitere Ausweispapiere. Die „Forscher“, die außer ihrem gefälschten Brief nichts weiter bei sich hatten, schreckten zurück und verließen fluchtartig das Lager. Nach kurzer Zeit schon wurden sie von der G.P.U. gefaßt.

Zwei Tage später standen Odrinski und Kogosin vor dem „Gericht für wirtschaftliche Sabotage“, das jeden Monat in einer Stadt tagt — diesmal war es in Moskau. Der Staatsanwalt, ein junger Kommunist, sprach in seiner flammenden Rede viel von notwendiger Disziplin und von dem Exempel, das hier vor dem ganzen Volke statuiert werden müsse. Um „abschreckend“ zu wirken beantragte er die nach dem Sowjet-Gesetz für wirtschaftliche Schädigungen des Staates zulässige Todesstrafe. Die Angeklagten erklärten: „Wir froren und hatten keine Hoffnung mehr, in diesem Winter warme Sachen zu bekommen.“ Genau zehn Minuten dauerte die Beratung des Gerichts. Dann erhob sich der Richter: Im Namen der Sowjets verurteile ich die beiden Angeklagten Odrinski und Kogosin zum Tode!

In der Nacht desselben Tages meldete der Sprecher der Sowjet-Sender im Rundfunk: „Heute abend vollstreckte die G.P.U. das Todesurteil gegen Odrinski und Kogosin“. Zwei Pelzmäntel, zwei warme Anzüge, zwei Pelzstiefel, zwei Paar Stiefel und einige warme Unterwäsche wurden beschlagnahmt und an das Lager der Arktisforscher zurückgeliefert. Odrinski und Kogosin die sich und ihre Familie vor der Kälte schützen wollten, brauchen keine warmen Sachen mehr. . . .

Sam 18. Januar



Deutschnationaler Müll

Vor der vierten Strafkammer des Landgerichts III-Berlin begann am Dienstag die auf mehrere Wochen berechnete Verhandlung gegen den ehemaligen deutschnationalen Generaldirektor Kurt Lettow von der Berliner Müllabfuhr-N.G. (Wemag). Lettow wird in mehreren Fällen der Untreue, außerdem der handelsrechtlichen Untreue beschuldigt. Er soll seine geschäftlichen Beziehungen nicht im Interesse der Wemag, sondern im Interesse der Viktoriya-Part.N.G. (Bipag), deren Hauptaktionär er war getrotzt haben. Die Wemag hand mit der Bipag in enger geschäftlicher Beziehung. Wegen des Mißbrauches dieser Beziehungen war der zweite Hauptaktionär der Bipag, der frühere deutschnationale Stadtrat Wegge, bereits im Jahre 1929 rechtslos entlassen worden. Er ist inzwischen in der Verjüngung verschwunden.

In einzelnen mit dem Angeklagten Lettow in der Verhandlung, zu der 55 Zeugen geladen sind, vorgeworfen, daß er an die Bipag in ungerechtfertigter Weise 150 000 Mark Vorzuschuß zahlen ließ. Als die Müllabfuhr-Gesellschaft seinen nach Wegge Transaktionen ausgesetzt war, ist sie zu 75 Prozent privatkapitalistisch gewesen. Die Folge war, daß die privaten Fabrikanten, die für sie arbeiteten, der Gesellschaft weit höhere Faktorkosten berechneten, als sie beim Stadtfabrikant üblich sind. Auch hierbei sind Wegge und Lettow mit dem Müll nicht untätig geblieben. Inzwischen ist der deutschnationale Korruptionskommissar angetroffen und die Berliner Müllabfuhr unter einwandfrei arbeitender Regie rüdtlich geworden.

Ein mysteriöser Vorfall

In der Nähe des Alexanderplatzes in Berlin wurde gestern kurz vor Mitternacht ein etwa 46-jähriger Mann mit einer schweren Kopfverletzung bewußtlos aufgefunden. In seinen Taschen befanden sich erhebliche Geldbeträge in deutscher und ausländischer Währung, 18 900 Schweizer Franken, 2300 französische Francs, 529 österreichische Schillinge und 100 amerikanische Dollars. Er wurde als der Hausdiener Haus Rowall identifiziert. Rowall erlangte im Krankenhaus für kurze Zeit die Befassung, konnte aber nicht angeben, wie er zu seiner Verletzung gekommen war. Es ließ sich auch noch nicht ermitteln, wie er in den Besitz der Geldbeträge kam.

Ein fremdlicher Dieb

Einem Bauer in dem oberbayerischen Dorf Falkenberg wurden dieser Tage per Postanweisung 900 Mark überwiesen. In einem gleichzeitig eingetroffenen Brief teilte ihm der anonyme Absender mit, daß er vor zwölf Jahren bei der Hochzeit der Tochter des Bauern die Wittig der Braut in Höhe von 10 000 Mark gestohlen habe, daß er jetzt aber das Geld, das ihm in der Zwischenzeit durch gebracht habe, ratenweise zurückzahlen wolle. Der Bauer ist über die Liebesschwärzlichkeit seines Diebes nicht wenig erfreut. Wäre der Betrag entsprechend der ursprünglichen Absicht auf einer Bank deponiert worden, so würde er wahrscheinlich während der Inflation in ein Nichts geirren sein.

Der edle Prinz

Das deutsche Personal des mit seinen Millionen in die Schweiz geflüchteten Prinzen Friedrich Leopold von Preußen kann nicht um seine Existenz einen regelrechten Herzeleidenskomplex. Während sich der Herr Prinz auf den Schweizerbergen der Schweiz und an den sonnigen Gestaden Italiens mit seiner Freundin Elja Paloleto eines ungebundenen Lebens erfreut, müssen seine in Deutschland angelegten Diner vor Gericht um jeden Pfennig der ihnen zustehenden Gehälter und Pensionen kämpfen. Schreiben sie dem Prinzen, so bekommen sie keine Antwort oder höchstens durch ihm ergebene Mittelspersonen die Auskunft, daß er sich zu nichts mehr verpflichtet fühlt.

Und zu welchen Leistungen wählte sich der Prinz früher „verpflichtet“? Dem seit 52 Jahren im Dienst des prinzipalen Hauses lebenden Potsdam-Gliede Partwitzer und ehemaligen Reichlicher Ferdinand Hub und seine Ehefrau — zwei Leute im Alter von fast 70 Jahren — ließ der Prinz von Zeit zu Zeit in Abschnitten von mehreren Wochen durch seine Hausverwaltung Beträge in Höhe von 10 und 20 Mark überweisen; jetzt neuer Zeit gibt es überhaupt nichts mehr. In großer wirtschaftlicher Not befinden sich auch die weissen anderen Angehörigen des Prinzen, der 63 Jahre alte Schneider Schlobdner, Gursch ist bis zur Armutswürde entkräftet und kämpft in einem Potsdamer Sittel auf Leben und Tod; der Parfalleher Karl Buchholz, der Kallendole Brand, der Kutcher Gitternack und der 65 Jahre

alte Hausdiener Wilhelm Stengel wissen gleichfalls nicht, wovon sie leben sollen. Nur die ehemalige erste Köchin des prinzipalen Hauses, ein Fräulein Berghold, die 23 Jahre lang im Dienste der Familie gestanden und den Vater des Schweizer Kapitalflüchtlings in seiner Sterbestunde betreut hatte, fand einen Helfer in dem — Juda verrede! — Potsdamer Justizrat Nathan Josephson, der sie in sein Haus aufnahm. . . .

Mysteriöses Verschwinden eines Ingenieurs

Der Ingenieur Jarwig in Halle, ein Mann von 61 Jahren, ist seit Sonntag mittag spurlos verschwunden. Jarwig ist noch am Sonntag in einer Gastwirtschaft gesehen worden. Seit seinem Fortgang von dort fehlt jede Spur. Die Angehörigen erhielten am Montag morgen einen Brief mit folgendem Wortlaut: „Wir haben Ihren Vater aus Berchsen erschossen, Geld abgenommen pp. und dafür auch begraben. SPD.“ Die Polizei sieht den Brief als offensichtliche Fälschung an. Es besteht die Möglichkeit, daß Jarwig den Brief selbst geschrieben hat.

Universitätskrawall

Am Dienstag vormittag überfielen vor der Berliner Universität etwa 500 zum Teil uniformierte Nazistudenten eine Kinderheit ihrer republikanischen Kommilitonen und verletzten mehrere erheblich. Außerdem attackierten Dillers Kameraden das ihnen offenbar politisch unkompatiblere — Serbierfräulein des Erfrischungsräumens. Das junge Mädchen bekam mit einem Stuhlbein einen heftigen Kopfstoß.

Ein Daubmann-Stück

In einem Berliner Theater genannt demnachst unter dem Titel „Marren des Kubus“ eine Daubmann-Komödie zur Auf-führung.

„Regenbogen“ in Rio de Janeiro gelandet

Das französische Flugzeug „Regenbogen“ landete gestern um 18.40 örtlicher Zeit in Rio de Janeiro.

Spät ist sie

In Gaiji an der Wolba hat dieser Tage ein 102 Jahre alter Grundbesitzer zum zweiten Male geheiratet. Die aus seiner ersten Ehe stammenden Kinder sind 70 und 80 Jahre alt.

Die Rechtskreise feiern heute den Gründungstag des Deutschen Reiches, das Wilhelm II. durch den verbrecherischen Mobilmachungsbefehl vom 1. August 1914 ins Verderben stürzte, aus dem es am 9. November 1918 von der deutschen Sozialdemokratie, zwar krank und aus allen Wunden blutend, aber doch noch lebensfähig errettet worden ist. Seitdem arbeiten dieselben Kreise daran, neues Elend über Land und Volk zu bringen und haben in dieser Beziehung schon allerlei erreicht.

Französische Kriegsteilnehmer werden nach Deutschland kommen

Der Verband der ehemaligen französischen Kriegsteilnehmer hat sich mit der Aufgabe der bei Reims gefandenen Batalions-fahne des deutschen 3. Garde-Regiments zu Fuß beschäftigt. Die Kriegsteilnehmer haben einstimmig den Wunsch geäußert, die Fahne selbst durch eine größere Abordnung dem Reichspräsidenten von Hindenburg persönlich zu überbringen und bei dieser Gelegenheit zusammen mit Vertretern der deutschen Kriegsteilnehmerverbände eine Rundgebung für die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich zu veranstalten.

Wirbelsturm über Lissabon

In der Nacht zum Dienstag ist über der Stadt Lissabon ein schwerer Wirbelsturm niedergegangen. Viele Bäume und Telegraphenmasten wurden umgerissen. Die Schiffe im Hafen wurden teilweise stark beschädigt. Sechs Leichter sind gesunken. Die Besatzungen konnten nur mit Mühe gerettet werden.

55 Meilen Bücher

Die Bibliothek des britischen Museums gibt demnachst einen neuen Katalog heraus. Seine 165 Bände verzeichnen vier Millionen Bücher. Rücken an Rücken ist die Bibliothek 55 Meilen lang.

Gelächst

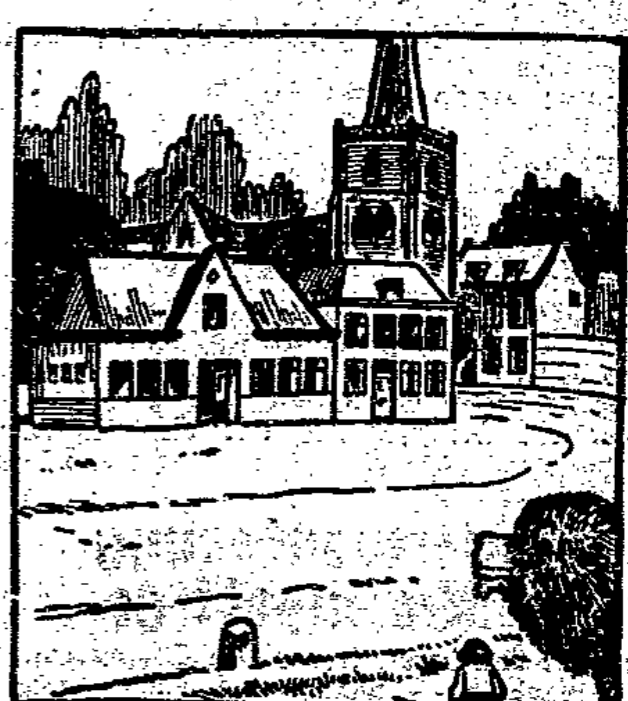
Im Stadttheater Pardubitz (Mähroslowakei) ereignete sich ein fürchterlicher Unfall. Ein Feuerwehrmann wurde von dem eisernen Vorhang, dessen Fallen er nicht rechtzeitig beobachtet hatte, regelrecht eingehauen. Der Kopf rollte in den Orchesterraum.

Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Kotman



Sehr bald sind unsere beiden Freunde nun außerhalb der Stadt. „Schau, mach jetzt das Tau los!“ sagt Gambo zu seinem Freund Jocko. Und in wenigen Minuten gelingt es dem treuen Affen, das Maul seines Gefährten zu befreien. Und dann — schnell wieder auf den Weg!



Nach einer halben Stunde kommen sie in einem Dorfe an. Knickelhofen ist es. Von ungefähr steht die Schultüre offen. . . . Gambo sieht es und schlägt seinem Freunde vor, sie sollen hineingehen und sehen was drinnen vorgeht. Vielleicht gibt es dort etwas Essbares. . . . die armen Lössle haben ja den ganzen Tag noch nichts zu essen bekommen.